

OSTLAND

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginfchel u. Dr. Franz Lüdke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin W. 30.

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährl. 1,50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: für jeden Millimeter Höhe der Spalte 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf 1 Zeile 1,20 M.

Nr. 47.

Berlin, 18. November 1932.

13. Jahrg.

Inhalt: S. 107: „Es besteht Krieg zwischen Danzig und Polen...“ (S. 178: Die Neutralität der Danziger Volkswehr, (S. 179: Die polnische Handelspolitik, (S. 180: Schwere Krise in der polnischen Auslandswirtschaft, — Die Kassererwerbungsfrage, (S. 181: Die deutschen Studenten in Polen, — „Das nationale Polen“ (S. 182: Ein der polnischen Wirtschaften, (S. 183: Die Woll-Krisen, — „Das Lager des polnischen Polen“, — „Hinterbühne“, — „Proben polnischer Wirtschaftspolitik“, (S. 184: Kette, Anstaltsfälle und Lebensverhältnisse, — Ernährungsgenuss von Schmelzwerk, — Die Industrie in der Landwirtschaft, — Verkehr Mittel-Europas, — Gutshöfungen, (S. 185: Bildung, — Bundesrat, (S. 186: Heimatvertrieben, (S. 187: „Hilfs-Schüler“.

„Es besteht Krieg zwischen Danzig und Polen...“

Am der am 13. August unterzeichneten Vereinbarung hatte die polnische Regierung bekanntlich erklärt, daß sie „fest entschlossen“ sei, soweit es in ihrer Macht liege, zur Besserung der Verhältnisse zwischen Danzig und Polen beizutragen. Das ist nun mehr als drei Monate her. In dieser Zeit haben die Danzig-polnischen Beziehungen eine ganz ungewöhnliche Verwickelung erfahren. Anstatt die wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen abzubauen und die zahlreichen alten Streitfälle beizulegen, scheint die polnische Regierung im Gegenteil eifrig bemüht, neue Konfliktsstoffe zu schaffen. Anstatt in enger Fühlungnahme mit dem Danziger Senat eine Entspannung der gefährlichen Atmosphäre zu suchen, ist sie bestrebt, sich, wo es irgend geht, direkten Verhandlungen mit der Freien Stadt zu entziehen. Die beharrliche Weigerung Polens, mit Danzig in den auch von den Völkerbundinstanzen gemäßigten Meinungsäusserungen zu treten, geht so weit, daß der polnische Vertreter in Danzig, Dr. Pape, die wiederholten Beschlüsse des Senats über die Fortgeltung der Schiedsgerichtsbarkeit in Danziger Warschau einführte nach Polen überhaupt nicht beantwortet hat. Der Senat der Freien Stadt hat sich, nachdem er in Erwartung des am 13. August versprochenen Abbaus der polnischen Kampfmaßnahmen erst einige Wochen hatte verstreichen lassen, zum erstenmal am 22. September in dieser Angelegenheit beschwerdeführend an den polnischen Vertreter gewandt. Am 22. Oktober ist die zweite, am 31. Oktober die dritte und am 7. November die vierte derartige Beschwerde erfolgt. In dieser letzten Beschwerde wurde erneut Protest erhoben gegen die Schikanen, die von polnischen Behörden gegen Danziger Firmen angewandt werden, und besonders dagegen, daß polnische Behördenstellen mit rechtswidrigen Mitteln Danziger Firmen zu zwingen versuchen, sich polnischen, den Verträgen widersprechenden Willkürakten zu unterwerfen. Ferner wird in dieser Beschwerde das gegenwärtige Verhältnis zwischen Danzig und Polen durch den Hinweis auf eine Bemerkung charakterisiert, mit der polnische Beamte wiederholt ihr Verhalten gegenüber Danzig begründet haben: „Es besteht eben Krieg zwischen Danzig und Polen.“ Dieser kann in der Tat das Verhalten Polens gegenüber der Freien Stadt gar nicht kennzeichnender werden.

Am 9. November hatte sich die Warschauer Regierung endlich bereit erklärt, sich mit dem Danziger Senat erneut in Verbindung zu treten. Sie hatte den Senat durch ihren Danziger Vertreter einladen lassen, zur Behandlung der stehenden Wirtschafts- und Zollstreitfragen eine Sachverständigenkommission nach Warschau zu senden. Es wäre jedoch verfehlt, in dieser Einladung ein Anzeichen polnischer Verhandlungsbereitschaft zu erblicken. Es wäre der polnischen Regierung sicherlich lieber gewesen, wenn sie diese Verhandlungen mit der Freien Stadt, mit der sie sich ja „im Kriegszustande befindet“, völlig umgehen konnte. Sie hätte sich in den Verhandlungen wohl auch nur aus ähnlichen Gründen entschließen, aus denen sie am 13. August auf Unterzeichnung der „Friedensprotokolle“ verzichtete. Damals schien ihr eine Verhandlungsgasse im Hinblick auf die bevorstehende Völkerbundtagung aus taktischen Gründen notwendig. Und wenn sie sich jetzt zu neuen Verhandlungen bereit erklärt hatte, dann einerseits deshalb, weil sie angesichts der neuen Völkerbundtagung wieder einmal Wert darauf legte, den Einbruch eines friebliebenden Partners zu machen, und an-

derserseits deshalb, weil der Völkerbundskommissar am 20. November, falls bis dahin keine direkte Verständigung zwischen Danzig und Polen über die abhängigen Wirtschafts- und Zollstreitfragen zustande gekommen sein sollte, eine bindende Entscheidung zu fällen gedankt. Einer solchen Entscheidung, die naturgemäß an die im Sachverhaltsänderungsstadien des Völkerbundes aufgestellten Richtlinien anknüpfen müßte, glaubte die polnische Regierung aufstehend nach im letzten Augenblick durch direkte Verhandlungen mit Danzig, d. h. durch direkten Druck auf die Freie Stadt, vorgehen zu können. Der Danziger Senat hat der polnischen Einladung sofort Folge geleistet und eine Kommission nach Warschau entsandt. Die Verhandlungen sind — wie vorauszu-gehen war — am 16. November erfolglos abgebrochen

Geist können stille Boten
In dir dein Wagnis tragen,
Obwohl es keine Taten,
Nur ein frommes Gebet,
Die Sündern beirren gegen,
Gehet an denen Leb!
Sie füllten mit süßen Schänen,
Um dich und jener Welt, Amen.

Die auf die süßen Boten,
Nur ihres Gebets Wert,
Nur ihres lebenden Taten
In diesen unterstern;
Sie sind dir nicht verdienlich,
Weißt du auf Gottes Fried,
Es segnen dich himmlen
Für jede gute Tat.

Wie seit vielen Jahren, so veranstaltet auch in diesem Jahr der „Berein ehemaliger Ostmark, Berlin“ (Vorsitzende aus den abgetretenen Gebieten), Ortsgruppe des Deutschen Ostbundes,

am Totensonntag, dem 20. November d. J., eine Gedächtnisfeier im Dom.

In stiller, ernster Trauer gilt es, das Gedächtnis der auf dem Felde der Ehre gebliebenen Kameraden sowie der Lieben, die in der von uns entrisenen Heimat ruhen, wach zu halten und die Toten zu ehren.

Die **Gedächtnispredigt** hat in dankenswerter Weise Herr **Herrner Ernst Gürtler-Sperrstrafen-Gemeinde**, früher bekanntlich Seelkloster an der Matthäikirche in Polen, übernommen.

Die würdige Feier wird eingeleitet durch **Kranzniederlegung am Ehrenmal**, unter den Linden, und **wolles Glockengeläute**. In der St. Marienkirche der Fahnen wird die Feier durch Vorträge des **Männerchors „Mogart“**, **Charlottenburg**, unter Leitung seines Chormeisters Herrn **Schwert** und ein **Sopran solo**, gesungen von Frau **Gerda Nienmuth-Berlin-Hermsdorf**, verschön.

Näherer und Freunde der Ostmark werden zu dieser Feier eingeladen, die wir unseren Toten schuldig sind, herzlich einladen. Kranzniederlegung um 2 Uhr, Beginn der Feier im Dom pünktlich 4 Uhr nachmittags.

Der Vorstand.

worden. Polen beharrte auf Forderungen, die von Danzig unmöglich angenommen werden konnten, es verlangte die völlige Einordnung der Danziger Selbstbeherrschung in die polnische Verwaltung. Rolland wird also die erwartete Entscheidung fällen.

Was ist also von der polnischen „Verhandlungsbereitschaft“ übrig geblieben? Durch ein taktisches Manöver kann die Tatsache nicht aus der Welt geschafft werden, daß die polnische Regierung, anstatt ihr Versprechen vom 13. August zu erfüllen, neue Forderungen auf Rollands Seite zu stellen sich nicht über die Oberlippe hinauf erheben lassen will. Die polnische Regierung mit dem erfindlichen Ziel, Sintertracht innerhalb der Danziger Kaufmannschaft zu stiften, die Gründung einer „Danzig-polnischen Handelskammer“ betreibt? Oder wenn sie in bewusster Brückierung des Danziger Deutschtums beirrat, daß der Völkerbunds-Kommissar die Anstellung von Reichsdeutschen im Danziger Staatsdienst erleichtert? Oder wenn sie schließlich die Einbürgerung bei Sitzungsabnahme im Einklang mit der Freieinrichtung der Stadt anordnet? Diese letztere soll ist übrigens für die Politik der „friedlichen Durchdringung“, die Polen gegenüber Danzig befolgt, äußerst bezeichnend. Ohne sich vorher mit einer Danziger Stelle in Verbindung zu setzen, hat der polnische Verkehrsminister am 25. Oktober einfach verfügt, daß ab dem Danziger Eisenbahnstreiken, die ja bekanntlich unter polnischer Verwaltung liegen, ab 1. Dezember 1921 alle Gebühren, also auch die Zehnpfennig, nur noch in polnischer Währung erhoben werden sollen. Die Besetzung des am 28. Oktober gegen diese Verordnung Einspruch erhoben unter Hinweis darauf, daß sie eine Verletzung jenseits der Entscheidung des Hohen Kommissars vom 5. September 1921 wie auch des Währungsreformkommisars vom 22. September 1923 darstellt. Die polnische Regierung hat diese Protestnote des Danziger Senats völlig unbeachtet gelassen; die Verordnung des Verkehrsministers ist am 31. Oktober im polnischen Schleichbrief veröffentlicht worden. Da die polnische Regierung hierüber in nicht mißverständlicher Weise zu erkennen gegeben hat, daß sie nicht daran denkt, die rechtlich wie materiell begründeten Einwände des Senats gegen die Sache, blieb diesem nichts weiter übrig, als am 3. November in einer Note an den Hohen Kommissar um eine Entscheidung dahingehend zu bitten, daß die polnische Verordnung eine „action directe“, also eine Handlung darstellt, die die öffentliche Sicherheit Danzigs oder die guten Beziehungen zwischen Danzig und Polen gefährdet oder gefährlich bedingt“. Der Kommissar hat seine Reaktion hat sich seitlich freies Verhalten zu dem Senat bemüht, die Sache auf die polnische Regierung einzuwirken. Er hat jedoch nicht von seinem Rechte Gebrauch gemacht, selbst eine „action directe“ festzustellen und damit ein Inkrafttreten der polnischen Verordnung von vornherein zu verhindern (unter Voraussetzung der endgültigen Entscheidung, die dem Völkerbundsrat zuzuführen). Sondern Rolland hat, nachdem seine Vermählungen in Warschau natürlich ergebnislos geblieben waren, am 4. November an den General-Sekretär des Völkerbundes ein schriftliches Schreiben geschickt, dem er diesen ersucht, die Angelegenheit auf die Tagesordnung des am 21. November zusammenzutretenden Völkerbundsrates zu setzen, damit noch vor dem 1. Dezember, an dem die unmittlere Verordnung in Kraft treten soll, eine Entscheidung herbeigeführt werden kann. Die polnische Regierung scheint sich die weitere Entwicklung dieses Falles nun etwa folgendermaßen zu denken: Sie wird voraussichtlich auf der bevorstehenden Tagung verfahren, eine endgültige Entscheidung des Rates in dieser Angelegenheit zu verhindern, indem sie verlangt, daß der Fall zunächst einmal vom einstweiligen Ausschuss untersucht wird, dessen Stufenplan dem Rat vermutlich erst auf einer späteren Tagung (im Januar) vorgelegt werden kann. Inzwischen wird dann die polnische Regierung anstreben, wenn ihr dieses Verschleppungsmanöver gelingen sollte, ihre Verordnung am 1. Dezember in Kraft treten lassen und damit eine vordringende Tatsache schaffen, von der sie später, wenn die Frage wieder vor den Rat gebracht werden wird, behauptet, daß sie „nur noch mit großen Schwierigkeiten“ rückgängig gemacht werden könne. Die polnische Regierung wird sich darauf, daß der Völkerbundsrat dann nicht mehr die Energie aufbringen wird, die Aufhebung der Verordnung zu fordern. Wenn man sich an frühere ähnliche Vorgänge, z. B. an das Verlangen des Völkerbundes in der Postfrage, erinnert, dann kann man nur sagen, daß die Spekulation der Polen auf die Verschleppungsmanöver und die Energielosigkeit des Völkerbundes nicht ganz unbegründet erscheint.

Auffällig ist, daß die polnische Regierung für ihre neuen Forderungen die mich wiederholten „Recht der Freien Stadt“ gerade die Tage für besonders geeignet zu halten scheint, denn die neue Völkerbunds-Kommissar für Danzig seinen Posten antrat. Wenn man nicht annehmen will, daß die Polen begründeten Anlaß haben, bei Helmer Rolland mit einem geringeren Widerstand gegen ihre vertragsbrüchige Danzig-Politik als bei dem verstorbenen Grafen Scavio zu rechnen, dann kann man in ihrem Verhalten nur eine bewachte und geradezu beleidigende Herausforderung des neuen Kommissars erblicken, die dieser nun so schmerzhaft zurückweisen muß, als er es nur, auf dem ihm in Initiative die Hauptprotokolle zurückgeben. Rolland hat bei seinem Dienstantritt einen, wie es scheint, recht unbegründeten Optimismus bemiesen. Die neuen polnischen Vorfälle haben ihm wohl inwischen gezeigt, daß auf polnischer Seite von Verhandlungsbereitschaft keine Rede sein kann. Und er wird sich hoffentlich auch nicht der Einsicht verschließen, daß der Verhandlungs-

wille Danzigs dort seine Grenzen findet, wo es zu dem leichten wirtschaftlichen und nationalen Wiederaufbau Grundlagen gibt. Danzig hat sein möglichstes getan. Es kann, wenn es sich nicht selbst völlig preisgeben will, keine weiteren Zugeständnisse machen. Und es ist hierzu nach den Ausführungen der Völkerbunds-Vorparlamentarier auch in keiner Weise verpflichtet. Wenn Polen auf seinen weitergehenden Forderungen besteht, wenn es nicht aufhört, dem Danziger Wirtschaftsleben immer neue Hindernisse zu bereiten, dann bleibt schließlich nichts anderes übrig, als — wie der Danziger Senatspräsident im August vor Professor Treppen geleistet hat — „per dem Rat des Völkerbundes das „Danzig-Problem“ als „Danzig-Problem“ zu neuem anzufragen“. Aber selbst wenn es jetzt in einer für Danzig annehmbaren Regelung der schwebenden Streitfragen kommt, ist für die Dauer doch wenig gewonnen. Danzig wird bestenfalls an einer Stelle von einem polnischen Druck befreit. Aber nur garantiert dafür, daß dieser Druck nicht morgen an einer anderen Stelle von neuem ausübt wird? Der 5. Januar, in dem sich die Freie Stadt unter der „Schutzverwaltung“ des Völkerbundes befindet, ist ein höchst bedauerliches Schweben im ungewissen darüber, was der nächste Tag an neuen Gefahren von Polen her bringt. Der Wechsel im polnischen Außenministerium ist wenig geeignet, diese Ungewissheit zu klären: Seitdem in Galeski der letzte Jüngling aus der Warschauer Regierung ausgeschieden ist, liegt die polnische Politik ganz in den Händen der Oberleitung, der die diplomatischen Hemmungen des im Völkerbundsleben heimischen Jaleski mehr oder weniger unbekannt sind.

Die Rentabilität der Danziger Landwirtschaft.

Prof. Dr. Wozniak, der Leiter des Instituts für landwirtschaftliche Betriebslehre und Statistik an der Technischen Hochschule Danzig, hat in den „Danziger Anzeiger Nachrichten“ einen längeren Artikel über die Rentabilitätsverhältnisse der Danziger Landwirtschaft veröffentlicht, dem wir folgendes entnehmen: Trotz der neuen Grenzlinie wäre es möglich gewesen, die alten wirtschaftlichen Zusammenhänge des Danziger Freistaatsgebietes zu erhalten. Dadurch aber, daß das polnische Wirtschaftsleben (und damit infolge der Zollunion auch das Danziger Wirtschaftsleben) in ein kompliziertes handelspolitisches System gedrängt wurde, hat sich außer dem bei polnischen Handelsbeziehungen zu Danzig in nachdem Maße verschärft, läßt sich der organische Zusammenhang mit den alten Absatzmärkten und verlor die Danziger Landwirtschaft ihren wichtigsten, den reichsdeutschen Markt. Andererseits wurde Danzig durch die Zollunion wirtschaftlich mit dem agrarischen polnischen Hinterland zusammengeknüpft, das einen ständigen exportierten Überfluß an landwirtschaftlichen Produkten aufweist und diesen überflüssig zu Schieberpreisen auf den fremden Märkten und auch auf dem Danziger Markt absetzt. Die Preise für landwirtschaftlichen Produktionsmittel in der Vorkriegszeit (1913) gleich 100 und gerechnet damit die entsprechenden Preise in den letzten Monaten, so ergibt sich für Deutschland, daß die Getreidepreise 20 bis 30 o. H. über den Vorkriegspreis liegen, während alle tierischen Erzeugnisse den Vorkriegsstand unterfahren. (Das war vor dem letzten großen Preissturz.) Demgegenüber weisen die wichtigsten landwirtschaftlichen Betriebsmittel wesentliche Steigerungen auf: Fodder, einfl. Sojaleinzel, etwa 45 o. H., Düngemittel 35 o. H. und sonstige Anbauhilfsstoffe 28 o. H. Vorzüglich die künstlichen Düngemittel und einige Kraftstoffstoffe sind gegenüber der Vorkriegszeit um 30 bis 40 o. H. zurückgegangen. Statt man denselben Vergleich für Danzig an, so ergibt sich, daß die Durchschnittspreise aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse unter den Stand der Vorkriegszeit gefallen sind: bei Getreide um 25 bis 28 o. H., bei Schlachtvieh um mehr als 50 o. H., bei Milch und Butter um etwa 25 o. H.

Demgegenüber sind alle Produktionsmittel, mit Ausnahme der Stickstoffdüngemittel, stärker im Preise gestiegen und ausnahmslos höher als in Deutschland.

Die unbefriedigende Rentabilität der Danziger Landwirtschaft findet den sichtbarsten Ausdruck in der zunehmenden Verschuldung, die eine große Anzahl von Betrieben bereits funktionsunfähig gemacht hat. Prof. Wozniak berechnet eine Gesamtverschuldung von rund 75 Millionen Gulden, gegenüber einem geschätzten Verkehrsverwert der landwirtschaftlichen Viehwirtschaft von etwa 160 Millionen Gulden. Das bedeutet eine durchschnittliche Verschuldung pro Hektar von 45 Gulden. In den letzten Jahren wird auch durch das Verhältnis von Reinerträgen und Verlußtreibungen veranschaulicht. Von den durch die Verarbeitung der Wuchsergebnisse erstellten Betrieben haben einen Reinertrag z. B.

1928/29:	1929/30	1930/31
80 o. H.	70 o. H.	69 o. H.

Bei diesen Zahlen muß jedoch berücksichtigt werden, daß es den Reinerträgen noch der Zinsentlastung des zinslos befristeten Kredits, d. h. dem Reinertrag gemessen, einen Überfluß ergibt haben, sind proprietärschaftlich, d. h. bei Berücksichtigung des Zinsentlastens, Selbstbetriebe gewesen. An eine Wiederherstellung der Rentabilität ist nur zu denken, wenn die Danziger Landwirtschaft wieder in die Lage versetzt wird, ihre wichtigsten Erzeugnisse zu günstigen Preisen auf dem reichsdeutschen Märkte unterzubringen.

Die polnische Handelspolitik.

Am 10. Oktober ist nach jahrelangem Vorbereiten der neue polnische Zolltarif veröffentlicht worden. Großteil dieser Tarif erst am 11. Oktober 1933 in Kraft treten soll, sieht sich die polnische Handelspolitik schon jetzt allmählich auf die mit ihm geschlossene neue Grundlage um. Der neue Tarif unterteilt sich nach jehem der ihn eng an das alte russische Vorbild anlehnt, in mehreren sehr wesentlichen Punkten. Zunächst ist er in weit höherem Maße differenziert; statt der jetzigen 1900 weist er 4550 Zollsätze auf, macht also eine weit bessere Anpassung an die Wirtschaftsbedürfnisse und einzelnen Zolllinien möglich. Ferner teilt der neue Tarif an die Stelle des jetzigen Einpaßtarifs den Zweipalstarif, wobei die eine Spalte die Maximalzölle enthält, die gegenüber den Staaten zur Anwendung kommen, mit denen Polen kein Handelsabkommen besitzt, während die im allgemeinen um 25 v. H. niedrigeren Sätze der anderen Spalte grundsätzlich gegenüber den Vertragsstaaten Anwendung finden, auf dem Verhandlungswege, wenn die Handelsvertragspartner entsprechende Zugeständnisse machen, oder noch weiter herabgesetzt werden können. Von dem Ausbau des polnischen Handelsvertragsnetzes wird also in der Praxis das endgültige Aussehen des neuen polnischen Tarifes abhängen. Neu und beachnend für die ganze Tendenz der Außenhandelspolitik Polens ist die Einführung von Seereservierungen, d. h. höherer Zölle für die Waren, die im Zusammenhang mit der Umstellung der Einfuhr von Land- auf den Seeweg beschleunigen und den Ausbau des Schifffahrtshafens und der polnischen Handelsflotte fördern bzw. rechtfertigen sollen; damit werden also die im Dezember 1931 eingeführten Seereservierungen in erweiterterem Umfang in den neuen Tarif übernommen. Gegenüber dem jetzigen Tarif werden die Sätze des neuen Tarifs bei den meisten und zwar gerade bei den für die deutsche Ausfuhr nach Polen wichtigsten Waren ganz erheblich erhöht. Das gilt z. B. für die chemischen und pharmazeutischen Artikel, bei denen sich die Einfuhrzölle auf ein Vielfaches ihres jetzigen Betrages erhöhen, oder auch für Erzeugnisse der Elektroindustrie, bei denen die neuen Zollsätze in ihrer Wirkung einem Einfuhrverbot gleichkommen. Daselbst gilt u. a. für Textilwaren, Papier und Papierwaren, Metall und Metallwaren, Maschinen und Apparate. Mit dem neuen Tarif hat sich Polen ein neues Instrument für seine Handelsvertragsverbindungen geschaffen, allerdings ein Instrument, dessen Brauchbarkeit noch recht fraglich erscheint, da der Tarif alle Remissionen einer ungenügenden Anzahl von Handelsverträgen und demgemäß auch einmalig entsprechende Gegenmaßnahmen auf Seiten der betroffenen Staaten herbeiführen dürfte. Es ist noch völlig ungewiß, was Polen mit seinem neuen Tarif gegenüber einem handelspolitisch völlig desorientierten Europa, in dem Zollpräferenzen und Kontingente sich mehr und mehr zu den einzigen noch brauchbaren Mitteln des internationalen Güterauslaufs zu entwickeln scheinen, wird anfangen können. Die polnische Regierung ist bereits daran gegangen, die Anpassung der bestehenden Handelsverträge an die Bedingungen des neuen Tarifs vorzubereiten; im Oktober wurde in Warschau ein „Kart für die Handelsverträge“, der sich aus Vertretern der großen polnischen Wirtschaftsverbände zusammensetzt, ins Leben gerufen. Und auf einer Sitzung von 15 polnischen ausländischen Handelskammern wurde Anfang November die Schaffung einer ständigen Delegation beschlossen, die der Zusammenarbeit dieser Handelskammern dient und als ihre ersten wichtigsten Aufgaben die Förderung des Austauschhandels zwischen Polen und den betreffenden Ländern betrachtet.

Mit großer Beunruhigung verfolgt man in Polen die Entwicklung der englischen Handelspolitik, die auf Grund der Beschlüsse von Ottawa zu verstärkter Abwehr fremder Einfuhr übergegangen beginnt und sich auf die Vielexporte, also auch auf Polen, um so nachdrücklicher auswirken muß, als sie von einem neuen erheblichen Abinken des Punktwertes begleitet wird. Die polnische Ausfuhr nach England, die von der Wertschöpfungsregulation erheblichen Schaden in der Vielexporte für den verlorenen deutschen Absatzmarkt zu schaffen, gefördert wurde, hat in den letzten Jahren einen starken Aufschwung erfahren. Sie hat im Jahre 1930 294,4 Mill. Stloty getragen und für Polen ein Handelsbilanzaktium von 116,5 Mill. Stloty gebracht; sie ist dann im Jahre 1931 auf 318,5 Mill. Stloty (mit einem Aktium von 214,1 Mill. Stloty) gestiegen. Den stärksten Polzen der polnischen Ausfuhr nach England bilden Bacon, Schinken, Rauschfleisch u. d. d. h. u. mit zusammen etwa 155,5 Mill. Stloty im Jahre 1931. Nicht kann es schon, wenn man sich die Lage der polnischen Wirtschaft möglichst genau vor Augen führt, die derzeitige Engländerausfuhr zu behaupten. Denn einzeln geht England dazu über, seinen Dominationen Vorrangzölle und Kontingente für die Waren einzuräumen, an deren Export Polen besonders stark interessiert ist (so hat der englische Landwirtschaftsminister am 8. November den interessierten Staaten, darunter auch Polen, den unersetzlichen Vorschlag gemacht, ihre Schinken- und Baconzufuhr nach England ab sofort um 20 v. H. zu senken). Sogar wird schon die Vielexportunterstützung wirkung gegen fremde Einfuhr gelichtet, und schließlich muß sich in der Lebensmittelversorgung Englands für Polen auch in zunehmendem Maße die Konkurrenz der nordischen und baltischen Länder bemerkbar, mit denen England in letzter Zeit verlust, in enger handelspolitische Beziehung zu treten. Die

Gefährdung des polnischen Exports durch England behauptet sich nicht auf die Sperrung des englischen Marktes allein. Sondern darüber hinaus macht sich die durch das entwertete Pfund begünstigte englische Ausfuhr gerade auch auf den skandinavischen Märkten besonders bemerkbar, an denen Polen stark interessiert ist. England geht mit aller Macht daran, die nordischen Rohmaterialien, die ihm Polen im Jahre 1928, nur mit des großen Bergarbeiterstreikes, abgekauft hatte und die es schon seit Jahren nur noch mit Verzichtpreisen zu behaupten vermochte, zurückzugewinnen. Dänemark wird seine Butter und seine Bacon nach England absetzen können, wenn es englische anstatt polnischer Rohle aufnimmt; Schweden wird englische anstatt polnischer Rohle kaufen, wenn ihm England dafür Holzpräferenzen gewährt ist. Im Vergleich zu diesen Ländern hat Polen England wenig handelspolitische Zugewinne zu bieten. Der polnische Export ist von England mehr bedroht. Es ist gar nicht abzusehen, wie Polen seine bisherige, auf schroffen Zollkampf gegen Deutschland abgestimmte Handelspolitik fortführen will, wenn es für seinen Lebensmittelexport den englischen und für seinen Rohleexport die nordischen Märkte verliert.

Einen Ausweg aus dieser Sackgasse hofft Polen offenbar u. a. über die Venezualänder zu finden. Vor einigen Monaten wurde ein Vertrag zwischen den beiden Ländern zur Regelung der Handelsbeziehungen geschlossen, der beiden Völkern gegenüber eine Reihe von neuen Wirtschaftsbeschränkungen im Hinblick Österreich und Polen begannen, da die geltende Vertragsregelung auf beiden Seiten den völlig veränderten Wirtschaftsbedingungen nicht mehr entspricht. Österreich muß, um seine Wirtschaft zu retten, den Grundloß der Meißelbegünstigung aufgeben. Es hat sowohl Deutschland wie Frankreich und Polen vorgeschlagen, ihre Handelsbeziehungen zu Österreich auf der Grundlage eines von der Wiener Regierung ausgearbeiteten Zolltarifreiprogrammes zu regeln. Wie die beiden anderen Mächte, so hat sich auch Polen mit diesem Vorlage einverstanden erklärt; es will bei dieser Gelegenheit seine österreichischen Handelsbeziehungen den Bedingungen seines neuen Zolltarifes anpassen und hofft zugleich, für seinen Handel mit Österreich, der sich seit längerer Zeit fortwährend verflüchtigt, neue Vorteile gewinnen zu können. In den ersten acht Monaten 1931 hat die polnische Einfuhr nach Österreich 121,1 Mill. Stloty, in der entsprechenden Zeit dieses Jahres nur noch 88,2 Mill. Stloty betragen. Die österreichische Einfuhr nach Polen ist in denselben Zeitraum um 52 v. H. auf 25,1 Mill. Stloty, also gleichfalls um mehr als die Hälfte, gesunken. Die Handelsbilanz war in der angegebenen Zeit des Vorjahres für Polen mit 64,2, 1932 nur noch mit 27,7 Mill. Stloty aktiv. Polen ist am österreichischen Markt vorwiegend mit Schweinen, Rohle und Eiern, in geringerem Maße mit Erdöl, Holz, Rohmetallen, chemischen Erzeugnissen, Sämereien und verschiedenen Holz- und Fertigfabrikaten interessiert. Die polnische Seewirtschaft hat Österreich als ihren wichtigsten Handelspartner im letzten Jahres um 10 v. H. verloren, im Jahre 1930: 439.500 Stloty; im letzten Jahre waren es nur 407.000 Stloty und im laufenden Jahre ist ebenfalls mit einer Einfuhr von 150.000 polnischen Schweinen zu rechnen. Auch viel schlechter steht es um die polnische Rohleausfuhr nach Österreich. Bekanntlich gehört dieses Land zu den wenigen Märkten, auf denen die polnische Rohle noch mit Gewinn abgesetzt werden kann. Um so schmerzlicher ist für Polen der zunehmende Verlust dieses Marktes. Einer Einfuhr von 3 Mill. Co. im Jahre 1928 sank 1931 ein Rohleexport in Höhe von 197 Mill. Co. gegenüber; und im laufenden Jahre ist Österreich ein teilweises Einfuhrverbot für Rohle erlassen, indem es Rohlenkontingente eingeführt hat, die in dem Maße, in dem die Ausbeute der heimischen Braunkohlenbergwerke steigt, noch weiter herabgesetzt werden sollen. Die österreichische Ausfuhr nach Polen trägt durchaus indubitativen Charakter: Eisenwaren, Maschinen, Elektromotoren, Metall-, Woll-, Baumwoll-, Holz-, Lederwaren usw. Polen ist nun anscheinend bereit, der österreichischen Industrieausfuhr gewisse Zollpräferenzen zu gewähren, mehr oder weniger je nach den Möglichkeiten für polnische Schweine, Rohle usw. erforderlich. Dabei ist zu beachten, daß die Vermählungen Polens um eine Verlebung seiner Wirtschaftsbeziehungen zu Österreich durchaus politischen Charakter tragen und sich in erster Linie gegen Deutschland richten. Vor allem infragen, als auf der einen Seite Österreich bis zu einem gewissen Grade davon profitieren kann, daß Polen die Zufuhr indubitativer Erzeugnisse aus Deutschland nahezu völlig abbröckelt. Auf der anderen Seite wird durch dieses entgegenkommen dazu veranlaßt werden, seine Einfuhrdröckeln gegenüber Österreich zu erhöhen und deutsche Einfuhr bei den Waren, die auch Polen zu liefern vermag, zu beschränken.

Das Warfahner Statistisches Amt gibt die Zahlen über den polnisch-russischen Handel im ersten Halbjahr 1932 bekannt. Es geht aus den Zahlen hervor, daß die polnische Ausfuhr nach Rußland stark gesunken ist und nur noch 1,5 v. H. des Gesamtexports betrug. Wertmäßig betrug die Ausfuhr nach Rußland 7,5 Millionen Stloty gegen 71,8 Millionen Stloty oder 7,6 v. H. des Gesamthandels im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Rußland hatte im ersten Halbjahr 1932 mit 2,2 v. H. Anteil an der Einfuhr nach Polen gegen 1,9 v. H. im Vorjahre. Der Wert der russischen Einfuhr nach Polen ist dagegen von 15,2 Millionen Stloty auf 9,5 Millionen Stloty gesunken.

Widersprüche in der polnischen Auslandspropaganda.

Jeder gebildete Pole, der ins Ausland geht, ist dort mehr oder weniger ein Propagandist für das polnische Völkertum am Korridor. Es gibt kaum ein internationales Studententreffen, kaum eine Tagung internationaler Charaktere in der Welt, kaum eine gesellschaftliche Zusammenkunft polnischer Auslandsreisender mit Angehörigen fremder Nationen, die von den teilnehmenden Polen nicht zur antipolnischen Agitation in der Öffentlichkeit ausgenutzt werden. Diese kindliche Agitation ist in merkwürdigen Szenen zu der gelegentlichen polnischen Behauptung, daß es „für Polen eine Korridorfrage nicht gibt“. Sie trägt einerseits fast viel dazu bei, die Welt im polnischen Sinne zu beirrefassen; aber sie hat andererseits auch ihre für Polen nachteiligen Folgen. Das „Wilmnoer „Słowo“ hat hierauf vor kurzem in einem längeren Artikel hingewiesen; es schreibt u. a.: „Seit Jahren hält es jeder Pole, der Frankreich bereist, für seine heilige Pflicht, den Franzosen klarzumachen, daß Deutschland jeden Augenblick über uns herfallen werde. Vorliebt doch eine große, mit besonderer Begünstigung von uns unterstützte Korridorliteratur über die Gefahr eines deutschen Angriffs.“ Wichtige Gebete werden von uns ausgegeben, um diese Literatur zu verbreiten und jeden friedliebenden Bürger Europas mit der Möglichkeit eines gegen uns gerichteten deutschen Angriffs vertraut zu machen.“ In dem Artikel des „Słowo“ wird dann auf die Inkongruenz des Verhaltens der polnischen Propaganda dem Ausland gegenüber hingewiesen, dem man einerseits fortwährend die Gefahr, in der Polen und der Korridor schwebt, klarzumachen versucht, und das man zu gleicher Zeit dazu zu veranlassen sucht, sein wertvolles Geld im Auslande ohne nach diesem selben Polen und nach diesem selben Korridorgebiete zu geben. „Wie konstant“, nennt das „Słowo“ ironisch, „daß große Ausweise und Publikationen seitwärts von kleinen Gruppen gar nicht vertrieben und es vergleicht dieses Verhalten mit dem Verhalten eines Mannes, der zu seinen Bekannten geht und zu ihnen sagt: „Ich muß jetzt durch einen Wald gehen, der voll von Räubern ist. Sie werden mich überfallen. Ich gebe meinen Kopf, daß sie mich überfallen werden. Schrecklich sind diese Räuber. Ihr wißt gar nicht, was für Schaurbärte sie haben! Propose, könnt ihr mir nicht vielleicht für diesen Weg einen Beutel mit Slogy bringen? Eine bessere Anlage gibt es nicht. Ich gebe euch das Geld mit größtem Protest!“ wieder. Die meisten könnt ihr gleich hinwerfen. Das ist keine Karikatur“, sagt das „Słowo“ hinaus. So sieht in Wirklichkeit die Verbindung von zwei Zielen in unserer Auslandspropaganda aus: des Korridorfrühens und der Erlangung einer „Anteil“. In der Tat hat das ständige Gerede der Polen von der Gefahr eines militärischen Angriffs Deutschlands auf den Korridor viel dazu beigetragen, dem Auslande die Lust zu vertreiben, sein Geld nach Polen zu geben. Die Polen stehen also vor der ihnen peinlichen Wahl, entweder die schuldlos gemächtigten Anleihen entbehren zu müssen oder auf die ihnen lieb gewordene Verdrängung Deutschlands als des schuldlos Angreifers von morgen zu verzichten.

Aber eben hieron hält es das „Słowo“ aber auch noch aus einem anderen Grunde für unklar von „Polen“ mit Ausweise gegenüberständig von der von Deutschland her drohenden militärischen Gefahr für den Korridor zu sprechen. Wora nämlich, so meint das Blatt, unausgesetzt von der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit eines deutschen

Einmarsches gesprochen werde, dann werde sich das Ausland in dem Augenblick, in dem ein solcher Einmarsch wirklich erfolgen sollte, physikalisch auf diesen Angriff so sehr vorbereitet erweisen, daß es sich über ihn kaum noch erregen und ihn kaum noch als einen Rechtsbruch, dem im Rahmen des Rechts entgegengetreten werden müßte, ansehen werde. Das „Słowo“ erinnert, um das zu erläutern, an die gewaltige Erregung, die im August 1914 der deutsche Einmarsch in Belgien in der englischen Öffentlichkeit herorgegürtet habe. Es schreibt: „Hat man doch im englischen und französischen Generalstab und in den Regierungen dieser Länder gemut, daß der deutsche Angriff über Belgien beginnen werde. Das ganze Verteidigungssystem war willhien den Franzosen und Engländern auf diese Hypothese aufgebaut. Ebenlo wußte man darüber auch in Belgien Bescheid. Der König von Belgien sprach davon. Aber der englische Bürger wußte nichts davon. Hier wurde vom Angriff auf Belgien übersehen; er hat in ihm eine Empörung über die deutsche Hinterlist (?) herangezogen. Die Aufklärung des europäischen Bürgers darüber“, führt das „Słowo“ dann fort, „daß der Korridor den Gegenstand eines Konfliktes bildet, ist eine Propaganda im deutschen, nicht aber in unserem Sinne.“ — Ganz abgesehen davon, ob diese Gedankengänge des Wilmnoer Blattes richtig sind oder nicht — die polnische Auslandspropaganda wird auch in Zukunft kaum darauf verzichten wollen, Deutschlands „Angriffslust“ als den dunklen Hintergrund zu benutzen, auf dem sich die polnische „Friedensliebe“ mit leuchtender Klarheit abbildet. Im ganzen kann man zu dieser Kritik des „Słowo“ an der polnischen Auslandspropaganda bemerken, Sie bestreift die Erfahrung, daß sich eine Rüge sehr leicht irgendwie zum Rechtteil des sich in seinem eigenen Rechte verstrickenden Pöblers auswirken kann.

Der Korridor.

Der frühere englische Minister Leo Smith erklärte auf einer Wasserfallversammlung in London, daß die Frage der Revision der Friedensverträge zwangsläufig im Vordergrund der europäischen Politik liege. Der Korridor sei jetzt eine ebenso erste Gefahr für den Frieden wie es Elsas-Verträge von 1871 gewesen seien. Der Vergleich mit Elsas-Verträgen trifft insofern nicht zu, als Frankreich nach seinem Weg strebe, obwohl es ein deutsches Land ist, während Deutschland den Korridor zurückfordert, weil er deutsches Land ist.

Der Zweckverband norddeutscher Industrie- und Handelskammern hat eine Entschloßung über die Korridorfrage gefaßt und sie dem Reichskanzler und Reichsaussenminister sowie den übrigen Mitgliedern der Reichs- und Staatsregierung zukommen lassen. Die Entschloßung hat folgenden Wortlaut: „Die Zulassung der Danziger Wirtschaftslage veranlaßt den Zweckverband norddeutscher Industrie- und Handelskammern, auf die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Wirtschaftskorridors mit größtem Bedauern hinzuwirken und die Dringlichkeit einer baldigen Eublösung zu betonen, da sie für das Wirtschaftsleben der an den Weichselkorridor angrenzenden deutschen Gebiete als entscheidend betrachtet werden muß.“

Die Agrarreformbeschwerde.

Auf der bevorstehenden Novembertagung des Völkerverbandes soll endlich auch die deutsche Agrarreformbeschwerde gegen Polen zur Verhandlung kommen. Diese Beschwerde, deren Erledigung von weittragender Bedeutung für den landwirtschaftlichen Wohlstand der deutschen Minderheit in Polen und Pommern ist, wurde in diesem Jahre vom Völkerverband bereits zweimal — im Mai und Oktober — vertagt. Die Beschwerde richtet sich gegen die deutschfeindliche Anwendung des polnischen Agrarreformgesetzes vom 28. 9. 1925. Doch der eigentliche Kern dieses Gesetzes, die Verminderung des deutschen Großgrundbesitzes in den beiden genannten Wojewodschaften ist, steht außer Frage. Es liegen gegenüber polnische Beweise vor, die das ausdrücklich beweisen. Aber es ist gar nicht notwendig, daran zu erinnern. Es genügt, die zwangspartizellierten Flächen nach der Rationalität ihrer Verteilung zu prüfen. Von der zwangspartizellierten Fläche gebörden deutschen Besitzern (in %):

	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932
Woj. Polen	96	59	51	85	61	48	
Woj. Pommern	89	78	62	95	80	89	

Obwohl sich von größerem Grundbesitz in der Wojewodschaft Polen nach polnischer Angabe nur 33,6 v. H. und in der Wojewodschaft Pommern 43,9 v. H. in deutscher Hand befinden, ist der deutsche Besitz in dem erwähnten sechsjährigen Zeitraum mit etwa 73—80 v. H. also verhältnismäßig mehr als doppelt so stark als der polnische Großgrundbesitz, zur Zwangspartizellierung herangezogen worden.

Polen macht den Versuch, seine Entzignungspolitik mit dem Hinweis auf, die zahlenmäßige Wirkungslosigkeit der deutschen Minderheit zu rechtfertigen, zu der die wirtschaftliche Stärke des Deutschen in keinem angemessenen Verhältnis steht. Diese „Argumentation“ ist jedoch für die polnische Mentalität. Sie bedeutet nämlich, daß die

Verordnung eines öffentlichen Unrechtes, das doch die Handhabung des Agrarreformgesetzes darstellt, aus einem anderen, bereits früher begangenen Unrecht, nämlich der Deutschenverdrängung, abgeleitet wird. So schreibt z. B. die „Polka Gahodnia“: „Obgleich die zahlenmäßige Stärke der deutschen Minderheit nicht gerade beunruhigend ist, so muß man doch mit einiger Zurückt auf ihre wirtschaftliche Kraft hinhinblicken, die diese Minderheit besonders in den weltlichen Gebieten repräsentiert... In der Wojewodschaft Polen befinden sich nach 33,6 v. H. der weltlichen Bevölkerung in weltlichen Besitzern der Wojewodschaft Pommern 43,9 v. H.“ Der Behauptung hebe also in keinem Verhältnis zur zahlenmäßigen Stärke der Deutschen, die die „Polka Gahodnia“ auf Grund der polnischen Volkszählung von Dezember letzten Jahres in Polen mit 9,5 und in Pommern mit 10,1 v. H. angibt. Weiter wird dann der Einfluß der Deutschen im Handel und im Handwerk und der glänzend ausgebaute Apparat genossenschaftlicher Organisationen betont. Auch auf dem Gebiete des Seemanns seien die Deutschen durchaus auf der Höhe. „Dieser wirtschaftliche Einfluß der Deutschen muß eine ernste Veranlassung auch unserer nationalen Interessen, besonders auf dem weltlichen Gebiete, heranziehen.“ Die „Polka Gahodnia“ best also die gute wirtschaftliche Organisation und die Eüchtigkeit des Deutschen hervor. Sie scheint gar nicht auf den Gedanken zu kommen, daß diese Organisation und Eüchtigkeit der Deutschen dem ganzen Lande zugute kommen, daß auch das polnische Element in Polen und Pommern ein sehr weltliches Interesse am Vorhandensein eines wirtschaftlich gefunden deutschen Völkertales besitzt. Sie ist im Gegenteil der Meinung, daß das Deutschtum gerade seiner Eüchtigkeit wegen ausgerottet und daß sein Grundbesitz, gerade weil er so gut bewirtschaftet und organisiert ist, aufzueisen werden müßte. Man sieht schon so sehr nachdrücklich europäische Denkensgewohnheiten und Kulturanschauungen leben, wie bei den Polen der Fall ist, um diese Bekanntheit zur Zerstörung um der Zerstörung willen zu verstehen.

Aus dem Offhilfegebiet.

Ärzte, Krankenkassen und Sicherungsverfahren.

Durch das Sicherungsverfahren sind im Osten zahlreiche Krankenkassen in Schwierigkeiten geraten, weil Beitragsausfälle vielfach nicht hereinzukommen sind, da die betreffenden Güter sich im Sicherungsverfahren befinden. Es hat sich aus dieser Sachlage weiter ergeben, daß vielfach Krankenkassen den Ärzten ihre Honorare nicht mehr ausbezahlen können. Auch Apotheken sind in hohem Maße in Mitleidenschaft gezogen worden. Ärzte, die infolge des Ausbleibens der Krankenkassenzahlungen, die heute die Grundlage ihrer Existenz bilden, keine Lebensmöglichkeit mehr finden, sind abgewandert und erhebliche Gebiete ohne genügenden ärztlichen Schutz geblieben. Aus all diesen Gründen haben sich die Spitzenverbände der Krankenkassen aller Art und der Ärzteorganisationen gemeinsam an die Reichsregierung gewandt und sofortige Einbeziehung der Krankenkassen in das Sicherungsverfahren gefordert. Nur auf diese Weise sei es möglich, den nötigen ärztlichen Schutz für die Bevölkerung im Osten, die eines Gesundheitszustandes besonders bedürftig, sicherzustellen.

Der Erklärungsanspruch von Wechselnhabern im Offhilfensicherungsverfahren.

Nach § 4 Absatz 1 der 2. Verordnung des Reichspräsidenten zur beschleunigten Durchführung der landwirtschaftlichen Entschädigung im Offhilfegebiet (2. Entschädigungsgesetz) vom 21. Oktober 1932 steht dem Wechselnhabern der in der Verordnung näher geregelte Erklärungsanspruch gegen das Deutsche Reich in Höhe von 70 v. H. des Wechselnennwertes zu. Dieser Anspruch ist bei Verfall des Wechsels der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse in Berlin € 2 anzumelden. Der Anmeldung hat beizufügen: Der Wechsel, auf dem kenntlich zu machen ist, daß der Wechselinhaber für die nach § 4 Absatz 1 der Verordnung in Höhe von 30 v. H. des Wechselbetrags bestehenden Ansprüche vertriebt worden ist, eine Verhängung der zuständigen Landes- oder unteren Verwaltungsbehörde, daß für den Betrieb des besagten Betriebsinhabers (Akzeptanten) ein Entschädigungsverfahren gemäß § 1 der genannten Verordnung schwebt.

Die Eschben in der Oberhiffahrt.

Am Reichstagen Landtag hatte der Abg. W. Namczyk (Rafsch.) in einer kleinen Anfrage das Staatsministerium gefragt, ob ihm bekannt sei, daß auf der Ober eine tschechische Oberhiffahrtsgesellschaft existiert, die mit tschechischem Kapital arbeite und mit 98 v. H. ihrer Gesamttonnage deutsche Güter verfrachte. Den deutschen Privathiffahrgesellschaften gingen dadurch jährlich einige 100 000 Tonnen Kohlentransporte verloren. Auf seine weitere Frage, was die Re-

gierung tun wolle, damit die tschechische Gesellschaft von der Ober wechswände und insbesondere nicht deutsche Frachtaufträge ausführe, hat das Handelsministerium jetzt folgende Antwort erteilt: „Die Staatsregierung über die tschechische Oberhiffahrtsgesellschaft und deren Anteil am Oberhiffahrtstrafwerk unterrichtet. Durch Zusammenarbeit der deutschen und tschechischen Schiffahrtgruppen in den unter staatlicher Aufsicht stehenden Frachtausstellungen in Breslau und Stettin wird eine gerechte anteilmäßige Verteilung der aufkommenden Frachten angestrebt und voraussichtlich auch erreicht.“ Mit anderen Worten: Die Regierung findet es ganz in der Ordnung und bescheidet es als „gerecht“, wenn den deutschen Oberhiffahrern trotz obnein geringen Einkommen durch tschechische Konkurrenz geschmälert werden.

Verkehr Reich-Offproben.

Die Industrie- und Handelskammer für Ost- und Westpreußen hat in ihrer Form gegen die beschriebliche Einschränkung im D-Zugverkehr zwischen Berlin und Ostpreußen (siehe „Ostland“ Nr. 46 S. 552) protestiert: „Gegen jede derartige Einschränkung muß von Ostpreußen starker Protest eingeleitet werden. Der letzte Zug D 7, der in Königsberg 5.07 Uhr ankam, bringt nämlich für die gesamte Provinz umfangreiche und sehr wichtige Post mit. Es handelt sich dabei nicht nur um Post aus dem Reich, sondern auch um den größten Teil der Auslandspost und vor allem auch um sämtliche Zeitungen. Gegenwärtig kann diese beispielsweise in Königsberg um 5.07 Uhr eintreffende Post im ersten Bestellgang ausgetragen werden, so daß sie spätestens bis 9.30 Uhr im Brief der Empfänger ist. Fällt dieser Zug aus und kommt die Post erst um 8.28 Uhr in Königsberg an, so wird sie in Königsberg freihelfens im zweiten Bestellgang, d. h. mittags, in den Zuständigkeiten unter Umständen erst im letzten Bestellgang, d. h. gegen Abend, verteilt werden können. Um der Provinz würde die Post ebenfalls anstrechbar (später, an vielen Orten voraussichtlich erst am nächsten Morgen, ausgetragen werden können. In den meisten Fällen wird dann im Gegensatz zu jetzt der Empfänger die Post nicht mehr am selben Tage erledigen können, so daß für die Wirtschaft aus großen Eris der Provinz jeht nachteilige Folgen entstehen müssen, wenn nicht dafür gesorgt wird, daß die Postverbindung im bisherigen Umfang aufrecht erhalten bleibt.“ Die Industrie- und Handelskammer für Ost- und Westpreußen hat sich dabei an die zuständigen Behörden mit allem Nachdruck gewandt, von der geplanten Einschränkung Abstand zu nehmen, solange nicht die Gewähr dafür besteht, daß die bisherige Postverbindung erhalten bleibt. Für das abgetrennte Ostpreußen spielt eine häufige und schnelle Postverbindung mit dem Reich besonders in der heutigen Zeit wirtschaftlicher und politischer Bedrohungen eine nennentlich wichtigere Rolle, als es beispielsweise bei derartigen Postverbindungen im Reiche der Fall ist.

Entschädigungswesen.

Über den Stand der Abwicklungsgeschäfte im Schlußentschädigungsverfahren

teilt uns die Reichverwaltung für Reichsangelegen auf unsere Anfrage unter Bezugnahme auf die früheren Bekanntgaben folgendes mit:

Seit der Übernahme der Aufgaben des Reichsentschädigungsamts für Kriegsschäden am 31. März 1930 hat die Reichverwaltung für Reichsangelegen bis zum 1. Oktober d. Z. insgesamt 6008 Schlußentschädigungsscheide mit 111 425 995 RM. festgestellt.

Hieron entfallen auf Sachschäden 3424 Fälle mit 97 965 196 Reichsmark, auf Wertpapierfchäden 2584 Fälle mit 13 460 799 Reichsmark.

Von der Gesamtzahl der Schlußentschädigungsscheide betroffen a) 3569 mit 6 434 206 RM., Fälle mit einem Schadensgrundbetrag bis 20 000 M., b) 2159 mit 10 489 789 RM., Fälle mit einem Schadensgrundbetrag über 20 000 M., um Sülle zu a) handelt es sich um 2202 Sachschadensscheide mit 5 237 921 RM. und um 1667 Scheide, Wertpapierfchäden betreffend, mit 1 196 285 RM., um Sülle zu b) wurden 1222 Sachschadensscheide mit 92 725 275 RM., festgelegt, während 917 Scheide mit 12 264 514 RM. auf Wertpapierfchäden sich bezogen.

Die Sachschadens- und Entschädigungsummen verteilen sich auf die Schadensgebiete wie folgt:

Schadensgrundbeträge	Westland		Ostland		Ostpreußen		sonstige Gebiete	
	Fälle	Betrag RM.	Fälle	Betrag RM.	Fälle	Betrag RM.	Fälle	Betrag RM.
a) über 20 000 RM.	804	71 941 130	202	5 191 345	105	15 378 400	51	304 400

Urkundenanforderung aus den Entschädigungsakten.

Hier möchten wir unterlassen, unsere Leser zu bitten, daß sie ihre Verwandten und Bekannten, soweit diese Entschädigungsanträge beim

Reichsentschädigungsamt gestellt haben und nicht zugleich auch ein Entschädigungsverfahren beim Polenfchädenkommissar laufen hatten (in letzterem Fall werden die Akten aus der Verdrängungsscheide, die vom Polenfchädenkommissar in allen Fällen herangezogen worden sind, aufbewahrt), auf die Möglichkeit hinweisen, daß sie Urkunden, die sich in den Entschädigungsakten befinden, zur Verfügung erhalten können. Kennentlich bitten wir dies gegenüber Verwandten und Bekannten zu tun, die im Ausland leben und sonst vielleicht von dieser Möglichkeit keine Kenntnis erhalten. Aber auch in Deutschland lebende Verwandte und Bekannte, die einer Ortsgruppe des Deutschen Ostlandes nicht angehören und das „Ostland“ nicht halten, vielleicht auch keine Gelegenheit lesen, erfahren möglicherweise sonst nichts davon, daß die Entschädigungsakten in den Fällen, in denen der anerkannte Schadensgrundbetrag unter 5000 RM. beträgt, vernichtet werden sollen, Urkunden aber auf Antrag vorher ausgehoben und herausgegeben werden. Gerade aber für jetzt im Ausland lebende Verdrängte können solche Urkunden besonders wichtig sein oder werden. Darum werden uns in solchen Hinsicht dankbar begrüßen. Die Arbeitsgemeinschaft der Verdrängtenverbände hat zwar in der in- und ausländischen Presse Veröffentlichungen über die geplante Aktenvernichtung und Urkundenanforderung erlassen, aber ob dadurch alle Verdrängten Kenntnis von diesen Dingen erlangen, bleibt fraglich. Wir würden unseren Lesern dankbar sein, wenn sie in solchen Fällen zugleich darauf hinweisen wollten, wie wichtig es für alle Ostmärker ist, das „Ostland“ ständig zu lesen, denn dann werden sie über alle Dinge, die für sie von Wichtigkeit sind, stets auf dem laufenden bleiben, während umgekehrt viele Verdrängte dadurch zum Teil schwer zu Schaden gekommen sind, daß sie weder einer Ortsgruppe des Ostlandes angehörten, noch das „Ostland“ lesen und so für sie wichtige Tristen verläumt und Hilfsmöglichkeiten, die sich ihnen boten, nicht benutzt haben, weil sie nicht rechtzeitig davon Kenntnis erlangten. Wir bitten die Leser des „Ostlandes“ auf die in- und ausländische Aufgabe hin möglichst bis zum 30. November d. J. in den Deutschen Ostland zu rufen, um dem Vorstande für solche Anträge und Merkblätter mit Anleitungen zur Ausfüllung dieser Verdrücke zu erhalten sind.

Der Ostbund hilft Dir!

Willst Du ihnen helfen? Dann wir Mitglieder für ihn und Leser für sein „Ostland“. Dadurch förderst Du wirksam unsere gemeinsame Sache

an die Ostmark erinnern und für die Ostmark, ihr Heimatland, kämpfen. Wir wollen mit ganzer Kraft für die Wiedergewinnung des deutschen Ostens kämpfen. Zu diesem Kampf muß auch die Jugend herangezogen werden. Der Redner schloß seinen Vortrag mit der Verlesung eines ostmärkischen Gebetes. Anschließend ging der Vortragende zum geschäftlichen Teil über.

Landesverband Niederböhmen.

Die **Ostgruppe Hirschberg** hielt am 18. Oktober im Räum- und Vereinsloche ihre Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende, Steuerinspektor **Canga**, sprach über das 12jährige Bestehen der Ortsgruppe, machte zu eifriger Werbetätigkeit und begrüßte besonders das noch längerer schwerer Krankheit wieder erholte Vorstandsmitglied, Oberabschreiber **L. N. Saffe**. Erfreulich sei es, daß sich die **Freiwilligen** gut entwickelten. Schriftführer **W. Zehner** berichtete über seine „Reiseinsätze in Polen“. Die wirtschaftlichen Verhältnisse seien drückend, eine ausgeübte Fürsorge sei in Deutschland fehlend. Dabei komme den Polen die Günstigkeit der ländlichen Bevölkerung zugute. Große Rott herrsche auch unter den aus Frankreich abgehenden Familien. Das Wortamt werde meiter mit Kongressreden durchsetzt, was ja bekanntlich auch den Polen nicht gefalle. Im Gebieten mit starker deutscher Mehrzahl werde sich diese Maßnahme besonders dort aus. Das Deutschtum drüben bestimme Selbstbestimmungswille und bringe für die Heimat den großen Opfer. Die Ostgruppe hat sich bisher 2000 Personen gewonnen. Wenn nur Grenzpolizei die Rede sei, dürfe Polen nicht vergessen werden. Es sei unsere Pflicht, unsere Brüder drüben in ihrem Verbundenheit mit Deutschland zu fassen. Der Vortragende schloß mit der Aufforderung, zu arbeiten, auf daß der Ostland-Wahlkampf erfüllt. Reichher Vorstand dankte beiden Vortragenden.

Landesverband Vorpommern.

Ostgruppe Rügenberg. Nach längerer Pause trat der ehemalige Ostgruppenleiter, **Kfm. Spohn**, die alten Mitglieder wieder zu einer Tagung zusammen, die sich am 23. Oktober im Vereinslokaie Hotel Viktoria versammelte. **Kfm. Spohn** ermahnte mit allem Nachdruck zur Treue zum Ostland. Sämtliche Anwesenden beschloßen einstimmig die Erneuerung der Ostgruppe. Als 1. Vorsitzender wurde wieder **Kaufmann Spohn**, als 2. Vorsitzender **Bohnenhiller Schömann**, als Kassier **Kaufmann Steinblib** und als Schriftführer **Bohnenhiller Seeliger** gewählt. Es wurde einstimmig beschloßen, sofort von allen Mitgliedern einen Beitrag zurücksendend am 1. Januar 1932 (40 Pf. pro Monat) zu erheben und an den Landesverband abzuführen. Um den Ostlandgedanken wieder wachzurufen, wurde beschloßen, Ende November einen Deutschen Abend zu veranstalten, für den ein auswärtiger Redner gewonnen werden soll. Nach Erörterung anderer wichtiger Punkte hielt **Kaufmann Spohn** einen interessanten Vortrag über seine Erlebnisse und das Deutschtum in Ostland.

Ostgruppe Stargard. Eine große Ostmarkenlandtagung fand innerhalb der Arbeitsgemeinschaft der Stargarder Ostvereine am 22. Oktober in der festlich geschmückten Räum des Stadttheaters statt; damit verbunden war ein „Polener Abend“ und das 13. Stiftungsfest der Ostgruppe Stargard in Deutschen Ostland. Nach mitrehabenden Musikstücken einer Kapelle unter Leitung von Herrn **Karl Jäger** und einem gedankreichen Vortrag, gehalten von **Lehrer Robert J. Boger**, begrüßte der 1. Vorsitzende, **Uhrmachermeister Bruno Fiedler**, die zahlreich Erschienenen, besonders **Dr. Franz Wölke**, Landesgruppenpräsident **Dr. Chieme**, Herrn **Beker** - Stettin, die Vertreter des **Bataillons**, des **Magistrats**, des **Kreisregimentverbandes**, das „**Stahlheim**“, des **Deutschen Ostmarkenvereins** und der **Vereinigung heimattreuer Ost- und Westpreußen**. Im weiteren Verlauf seiner Ansprache wies Herr **Fiedler** darauf hin, daß auch durch unsere Bevölkerung immer mehr nach der Erkenntnis gehe, daß Ostland Vaterland sei, daß der deutsche Osten nimmermehr untergehen dürfe. Danach sprach Landesgruppenpräsident **Dr. Chieme**, der von allen Versammelten aufs lebhafteste als neuer Mitkämpfer des Deutschen Ostlandes in Stargard begrüßt wurde. **Dr. Chieme** schilderte die Arbeit des Deutschen Ostlandes, wie er sie im Sainoversehen miterleide und verstand es, geeignete Wege für eine fruchtbringende Arbeit aus seinen reichen Erfahrungen aufzuzeigen. Als Vertreter des Ostlandes überbrachte **Stabrot Kamek** die Grüße der Stadt. Es folgten einige Darbietungen des **Chors der „Diebstasf“**, unter feierlichem Leitung eines seines begabten Dirigenten, **akadem. Musiklehrers Rich Müller**. **Dr. Wölke** überbrachte auch die Grüße der Bundesführung in Berlin, danach besonders dem Vorstand und dem jetzigen Vorsitzenden, Herrn **Fiedler**, und führte dann u. a. aus: Es sei dem Ostmarker nicht recht nach Selten summe. Denn die letzten 13 Jahre bedeuten zugleich 13jährigen Verlust deutschen Landes und 13jährigen Scheitern, aber auch nur Scheitern, ungeschicklichen Kampf um die Wiedergewinnung der Ostmark. Das Schicksal unserer Generation unserer ganzen Lebens sei: Kampf. Das deutsche Volk lebt in einer Rott, die nicht das Ende sein soll, sondern aus der heraus wir uns kämpfen und siegen müssen. Schon zu der Zeit des Wackernens Polens und des deutschen Ostens gab es einen, der mußte, was Polen wie der ganze deutsche Osten dem Vaterland bedeuten. Das ist der Schied des Reiches, Bismarck, gewesen. Als ihn die Polen nach seinem Rücktritt belästigten, erklärte er, daß man — falls überhaupt die Rede davon sein könne — eher das Selbst-Opferung als auf das Opferung davon verzichten könne. Der Redner erinnerte an die ungeheure

Willen, die des Reiches Kämpfer noch auf dem Sterbebette hatte, als er aufstiehe: „Deutschland, armes Deutschland!“ und damit unsere schmachtliche Gegenwart voraussah und betonte, daß es jetzt an uns sei, das unheimliche Schicksal zu brechen. Dazu nützt uns keine sentimentale Erinnerung an das **Berlone**, sondern wir müssen unsere erwachenden Augen aus der Rott der Gegenwart in die Zukunft richten. Wir stehen in einer ganz großen Zeit der deutschen Schicksalsamkeit, am Anfang eines neuen Aufstiegs, wie ihn das deutsche Volk zweimal in seiner Geschichte erlebte: seines ersten Aufstiegs, als Rom vor dem Aufbruch Germaniens trierte, um aufzulaufen seines ersten Aufstiegs, als Heinrich I., ein Sohn der Ostmark, Niederböhmen, das gelangene Reich wieder zur Größe brachte und das deutsche Volk aus ersticken Reich wieder hineinführte in die Freiheit des Ostens. Wir deutschen Menschen, die wir an der Wende des zweiten Jahrtausends stehen, müssen uns nun bewußt sein, daß wir eine ungeheure geschichtliche Verantwortung tragen, daß wir nicht die kommende Generation, die Menschen des dritten Jahrtausends sind. Und es bleibt uns nichts anderes übrig, wenn wir als Volk leben und als Reich bestehen wollen, als uns bewußt dem großen Aufbruch in eine neue Zeit kämpfend anzuschließen. Das Ziel dieses neuen Aufstiegs ist, daß wir mehr werden als „Volk“; daß wir „Nation“ werden. „In dieses Ziel zu erreichen, ermahnen uns zwei Aufgaben; die innere: Vollendung der Volksgemeinschaft, die äußere: Wiedergewinnung des verlorenen Ostlandes. Allergrößtes Ziel des neuen Aufstiegs aber muß die Ostpreußenland, das in seinen Grenzen alles umfaßt, was deutscher Mensch und Sprache im Europaßgebiet beherbergt. Im Nach dem inhaltreichen Vortrag sang wieder die „Niederbalt“ ein Solo des Herrn **Skerobad**. Es folgten zwei überaus wirkungsvolle lebende Bilder, von der Jungfrau der Ostlandes gestellt, und dann hielt der Landesverbandsvorsitzende, Herr **Beker** - Stettin, einen Lichtbildervortrag über das Thema: „Verlorene Heimat, blutende Grenzen.“ Mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschen Ostlandes und mit einem anschließenden fröhlichen Festball schloß die Veranstaltung ab. Im Verlauf des Abends wurde noch eine Reihe trauer Ostland-Mitglieder durch den Landesverbandsvorsitzenden geehrt. Es erhielten die Ehrenabzeichen der Herren **Wilhelm Braun**, **Otto Bauer**, **Hugo Birckholz**, **Wiring**, **Oskar Engel**, **Willy Hammermeiler**, **Karl Hubig**, **Adolf Langen**, **Adolf Neumann**, **Heinrich Roman**, **Heinrich Sommerfeld**, **Max Schreiber**, **Adolf Wernicke**, **Adolf Wisnigall** und **Bruno Fiedler**.

Landesverband Ostpommern.

Die **Ostgruppe Stolp** hielt am 12. Oktober im Kaiserhof ihre Monatsversammlung ab, an der sich auch die Frauengruppe beteiligte. Der erste Vortragende, **Lehrer Cramberg**, begrüßte die Erschienenen, unter denen sich auch einige Anwesende aus der Umgegend als Gäste fanden. Der Vorsitzende gebahrte zunächst des Geburtstages des Reichspräsidenten von Hindenburg, freilich die Bedeutung der letzten hiesigen Grenzlandtagung und kennzeichnete die feierlichen Augenblicke, die die Grenzlandfahrer besonders am Sommer See erleben. Darauf hielt **Lehrer Cramberg** einen Vortrag über Aufschwung der Grenzlandtagung mit scharfen treffenden Strichen unsere ungeschickte Lage inmitten der behaupteten feindlichen Nachbarstaaten, die ungeheure Entwicklung der feindlichen Slawenwelt und Weltkriegs bis zur Gegenwart und ihre furchtbaren Auswirkungsmöglichkeiten im Falle eines Vorkriegs. Der Redner stellte dann fest, daß aus durch das Verbotene Diktat der aktive Vorkriegs durch Abwehrgehülfe wären verboten ist und wir uns nur in passiven Vorkriegs befähigen können. Da bei uns auf diesem Gebiete seit 14 Jahren nichts getan worden ist, obwohl es gefordert wird, es zu bringen erforderlich, daß überall die Organisation des vollen Volkstums sofort einsetzt. Zu den darauf folgenden Ausführungen beantwortete der Redner in größerer Ausführlichkeit die Frage: Was kann der volle Vorkriegs in Deutschland tun, um den furchtbaren Auswirkungen etwaiger Vorkriegs entgegenzuwirken? Daß hierbei Reich, Staat, Gemeinde, Stadt und Land, Schule und Verein, „Inhaltliche, ungeschickte, Organisation, Zusammenleben und arbeiten müssen, ist selbst für den an sich kimmerlichen vollen Vorkriegs eine unerschütterliche und unumgängliche Notwendigkeit. Die über die Bedeutung aber hinausgehende notwendige Hauptforderung bleibt die Sorderung unserer Regierung auf Gleichberechtigung, Wehrfreiheit, Wehrfreiheit. Schon aus Selbsthaltungstrieb bleibt es unsere Aufgabe, diese Sorderung zu unterstützen. — Reicher Beifall folgte den interessanten Ausführungen, für die der Vorsitzende dem Redner persönlichen Dank ansprach und die mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschen Ostlandes geschlossen wurden. — Zum Schluß wurden vom Vorsitzenden die neuesten Bestimmungen über die Altersverrechnung des Ostlandsgesamtes erläutert, wobei die Anwesenden voll begeistert ist, wird Ostland durch die Gefährdung durch die Sorderung gegeben. — Bei den Klängen der eigenen lebenden Hauskapelle beendeten die Mitglieder noch zu einem gemächlichen Festhändchen beisammen.

Landesverband Hefsen-Raffau.

Die **Ostgruppe Raffel** veranstaltete am 9. November 12. Gründungsfest. Die Veranstaltung, an der u. a. der Oberpräsident von Hefsen-Raffau, **Dr. von Hülsen**, Oberbürgermeister **Dr. Stabler** und Kirchenrat **Seifach** teilnahmen, war ein voller Erfolg für die Ostgruppe und die Ostlandbewegung. Eine Reihe von Rednern und Musikern wirkten mit. Wie kommen auf die Veranstaltung noch ausführlicher zurück.

vornehme Gesinnung ihn viele Freunde erworben haben, auch unfer-
seits ein dankbares Andenken.

Der neue Siedlungskommissar.

An Stelle des pflichtigen Siedlungskommissars Dr. Vollerl,
der in den Ruhestand versetzt wurde, ist Ministerialrat Dr. Rier-
mann zum Siedlungskommissar für Posen ernannt worden. Er
steht einer Abteilung im Vöndwirtschaftsministerium vor, in der neben
dem Siedlungsamte die Fragen der Vöndeskultur und des Wasser-
wesens bearbeitet werden.

•

Der älteste Offpreuze: Friedrich Sadowski, feierte am 26. Oktober im
Altersheim Weidenburg seinen 107. Geburtstag. Der Offmarken-
rundfunk übertrug diese Geburtstagsfeier aus dem Altersheim.

Diamantene Hochzeit: Friedrich Buchholz und Frau in Viefen-
thal, früher in Lohowo, Krs. Bromberg, am 17. 11.

Silberne Hochzeit: Das Vöndwirt Benedikt Stollische Ehepaar in
Herfchelswaldau, Krs. Baumitz, früher Strielau, Krs. Pleschen,
nicht, wie in Nr. 46 des „Ostlandes“ vom 11. 11. angegeben, am 26. 1.,
sondern am 26. 11.

Verstorbene Offmarken: Frau Rosina May in Erkner, früher Rosch-
min, am 22. 11. 70 J.; Frau Emilia Dittreich, Witwe des Hof-
spekters August Dittreich, Posen, im Lutherhaus des Johanneshofes
Spandau, am 9. 12. 85 J.; Witwe Olga Hahn, früher in Johann-
garten und Gnesen-Rußland, jetzt bei ihrem Sohn, dem Pastor Hahn
in Siphene-Posen, am 9. 11. 70 J.; Frau Emilie Eichstedt,
Privateire, früher Bromberg, jetzt Berlin R 39, Vögenstr. 20, am
21. 11. 80 J.

Gelehrte: Lehrer i. R. Johannes Silbernagel in Reife O.-S.,
früher Schmiegel i. Posen, am 10. 11. 76 J.; Frau Paula Hauer,
Witwe des Kassen- und Rechnungsführers der Bromberger Schlep-
schiffahrt Ernst Hauer, in Witzersfeld am 9. 11. 82 J. (überführung
in heimatische Erde und Beisetzung auf dem neuen Friedhof in Brom-
berg); Gutshausverwalter Rudolf Kradler in Großschönbau i. Sa., früher
Pilsch in Posen, am 5. 11. 70 J.; Maurermeister August Ruhn in
Cottbus, Dresden Straße 48, J. Ostrowo, 60 J.

•

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Aus der Grenzmark Posen-Westpreußen und der mittleren Ostmark.

Womst: Der Vöndmirt Josif Stilo aus Womst war an
einer unüberhörlichen Grenzstelle bei Womst vor einiger Zeit auf
polnische Gebiet geraten und wurde von den Polen festgenommen.
Man beschuldigte ihn der Spionage und stellte ihn jetzt vor das
Polnische Standgericht, das in Wollstein tagte. Dem Gericht gehörten
neben vier Richtern eine ganze Reihe von Offizieren an. Die Ver-
handlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und endigte
nach kurzer Dauer mit der Verurteilung Stilos zu fünf
Jahren Zuchthaus. Der Staatsanwalt hatte zwei Jahre Zuchthaus
beantragt. Der deutsche Generalkonsul in Posen,
der die Interessen des Angeklagten wahrnehmen wollte, wurde
in der Hauptsache nicht gehört. Stilo konnte sich kaum verteidigen,
da er der polnischen Sprache nicht mächtig ist, in der die ganze Ver-
handlung geführt wurde.

Frankfurt a. d. O. Am 15. November wurde von Oberbürgermeister
Dr. Rinne in der Festungshalle des Stadtturms in Gengen-

wart von Ministerialrat Schöner die Ausstellung der O.-
deutschen Expositio in der Stadtverwaltung des Reichs eröffnet,
zu der sich eine große Zahl von Interessenten eingefunden
hatte. Vöndrat Treiber von Cornberg-Schlönka kam in ein-
führendem Vortrag Aufklärung über die Herstellung der Leppichs
durch arbeitslose Heimarbeiterrinnen und erläuterte die volkswirtschaftlich
interessanten Ergebnisse. Das Ergebnis war denn auch eine recht
erfreuliche Anzahl von Bestellungen, die wieder für einige Wochen
Arbeit bringen.

Landberg. Im Culmer Riez fanden Kinder beim Spielen Con-
sultationen, die man bei näherer Untersuchung als verstorbene Teile von
Begräbnisurnen feststellen konnte. Bei einer wissenschaftlichen Unter-
suchung konnte weiter festgestellt werden, daß die vorsehenden Urnen
dem älteren Kuppiger Epus angehörten. Bei einer Probegrabung
wurden weitere sogenannte Grabsteinkörper aufgefunden. Da bei
früheren Grabungen der etwa zwei Jahrhunderte bereits Kunde des
jüngeren Kuppiger Epus gemacht wurden, ist damit zu rechnen, daß
man es hier mit einer zusammenhängenden Begräbnisstätte zu tun hat,
die vor 4000 Jahren zur Völesung gaffer Sippen diente.

Eirchsziegel. Die evangelische Gemeinde der Grenzstadt Eirchsziegel
kann auf ein 150jähriges Bestehen ihres Gotteshauses zurückblicken.
Die Jubiläumssfeier findet erst im Frühjahr statt, weil die Kirche jetzt
umgebaut wird.

Aus der uns geraubten Ostmark.

Aus Posen.

Bromberg. In Gegenwart des Vöjensabens von Posen, Grafen
Rager-Raczynski, und des Disziplinargenerals Ehomme wurde in der
Bromberger Stadtverordnetenversammlung der neue Oberbürgermeister
Leo Barczewski, bisher Bürgermeister von Gnesen, in sein
neues Amt eingeführt. In seiner Antrittsrede dankte Barczewski
dafür, daß er einstimmig, auch mit den Stimmen der Deut-
schen gewählt worden sei. Er werde versuchen, dem in ihn ge-
setzten Vertrauen gerecht zu werden.

Posen. In den Abend- und Nachtstunden des 10. November kam
es in der Stadt, und zwar in der Altstadt, zu größeren benutzungs-
fremden Kundgebungen der nationalpolnischen Jugend, deren Organisation,
das Lager des großen Posen, wie bereits gemeldet, vor kurzem auf-
gelöst wurde. Es sammelten sich größere Menschenmassen an, um sich
zu einem Umzug zu formieren. Die Polizei konnte ihn aber aus-
einanderbetreiben. Es kam zu einer Schießerei, bei der verschleuderte Per-
sonen verletzt worden sein sollen. Es wurden sieben Verhaftungen vor-
genommen. Die Morgenzeitungen in Posen wurden beschlagnahmt.

Aus Westpreußen.

Stargard. Hier kam es auf dem Jahrmarkt zu jubenfeindlichen
Ausstreifungen. Kaufbolde ließen die Verkaufsstände um und warfen
die Waren durcheinander, von denen sich Keil gelochten wurde. Die
Polizei greift sofort ein und mußte vom Gummiknüppel und Karabiner-
kolben reichlich Gebrauch machen. Es entstand ein großes Durchein-
ander. Als ein Kriminalbeamter von seiner Schutzwaffe Gebrauch
machen wollte, wurde ihm die Waffe aus der Hand gelochten und die
Rugel drang ihm selbst in den Fuß. Ein anderer Polizist schlug mit dem
Karabinerkolben um sich und traf einen jungen Menschen, der an diesem
Austritt nicht beteiligt war, so unglücklich, daß derselbe ins künftige
Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Durch Verwicklung gemannt
die Polizei die Oberhand und konnte auf der Kaufbolde verhaften.

**Diese Nummer umfaßt einschließlic der Beilage
„Ostland-Kultur“ 16 Seiten.**

Der „Ostdeutsche Heimatkalender“ führt auf über Lage und Entwicklung des gesamten Ostdeutschlands, er
berücksichtigt besonders den uns schaffenden westlichen Teil vor bestialen Ostländern, die von Westlern ererbten
Gebiete und die immer notleidende und verbliebene Ostmark. Er enthält künstlerisch hochwertiger Abbildungen.
— In den Kärtchen berühmter Reime des Ostens führt er reiches Kulturbildmaterial her, die leben, der sich
mit Schichten befreier. In den Zeichnungen bekannter Schriftsteller gibt er einen Ausblick auf den literarischen
Schaffen der Ostmark. Mit wertvoller Waffe im Sinne um die Heimat ist er nicht zu entbehren.

Deutscher Ostbund, Kulturabteilung, Berlin W 30, Motzstraße 22.

Ausgaben! — Als Drucksache senden!

Bestellkarte.

Hiermit bestelle ich Stück
„Ostdeutscher Heimatkalender 1933“
zum Preise von 1,50 Mark, als Ostbundmitglied 1,20 Mark je Stück.
Zuzüglich 0,15 Mark Porto.

Bezahlung erfolgt: 1. durch Nachnahme, 2. durch Postanweisung, 3. durch Post-
scheckkonto: Berlin 104 726 (Nichtzustreffendes bitte durchstreichen.)

Name: _____ Poststation: _____
Wohnort: _____ (Name und Poststation genau ausfüllen.)



Heute Nacht um 1/11 Uhr rief Gott
der Herr aus einem segensreichen Leben
in keinen Frieden meinen lieben Mann,
unsern Herzenguten Vater, den

Lehrer i. R.

Johannes Silbernagel

im Alter von 76 Jahren.

Reife, den 10. November 1932.

In tiefer Trauer

Marga Silbernagel, geb. Loeve

Margarete Silbernagel

Frieda Silbernagel, Oberstudientätin

Aufbaukredit

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.

(Geschädigtenhilfe des Deutschen Ostlandes)

Berlin W 30, Mohlftraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

Verwertung von

6% Reichsschuldbuchforderungen
durch Verkauf und Beleihung (im Rahmen
der uns zur Verfügung stehenden Mittel)

Beratung in Vermögensanlagen
und allen Kreditangelegenheiten

Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

200 Morgen,

herrschft. Gebäude, 50 km von Berlin, Preis
70000 M., Anzahlung 25000 M.

300 Morgen guter mittlerer und Weizen-
boden, 45 km von Berlin, best. majffa. herrsch.
Geb., Preis 75000 M., Anzahlung 30000 M.

150 Morgen best. mittl. Boden, an Chaussee
geleg., Nähe Frankfurt/Ober, Ford. 54000 M.,
Anzahlung 15000 M.

Kleines Restgut, 120 Mg. best. Weizb.,
best. majff. Geb., gute Lage, Ford. 52000 M.,
Anz. 20000 M.

125 Morgen bei Neumünster, Forderung
36000 M., Anz. 10000 M.

Pr. Gut i. d. Neumark, 350 Mg., Forderung
55000 M., Anz. 20000 M.

Gut i. Schiel, 560 Mg., mittl. und Weizb.,
2 Hofstell., majff. Geb., Ford. 55000 M., Anz.
15000 M.

Pr. Landwirtschaft, 185 Mg. einhft.
130 Mg. Weizen, Rest Weizenboden, Forderung
15000 M., Anz. 15000 M.

41 Morgen Weizenboden, erforderl. 7000 M.

20 Morgen, Pr. 11000 M., Anz. 8000 M.

Landgasthof b. Eberswalde, 20 Mg. gut
Land, beste majff. Gebäude, gut. Geschäft, Preis
23000 M., Anz. 8000 M.

Gasthof mit 80 Mg., allein im Dorf, an
Chausseefreizeug, billig, Pr. 20000 M., Anz.
6000 M., soll schnell verkauft werden.

Pachtgasthof m. 70 Mg., erforderl. 4000 M.

Pachtgasthof in Stadt, Saunpflage, 16 t
Biergarten, erforderl. 9000 M.

Kolonialwarengrundstück, 2 Mg.,
Preis 12000 M., Anz. 4000 M.

Pr. Gasthof i. Prenzlau, 10 t pro Monat,
schuldt., Preis 18000 M., Anz. 6000 M.

Pr. Gasthof in lebh. Dorf von 2000 Ein-
wohnern, Anz. 7000 M.

Bäckerlei i. Kleinort, beste majff. Gebäude,
7 Gad pro Woche, Ford. 17000 M., Anz. 7000 M.

Bäckerlei in Eberswalde, Preis 28000 M.,
Anz. 10000 M.

Café u. Konditorei mit Vorkonzess. und
Bäckerei, allein a. Hauptstr. geleg. in verkehrs-
reichem Vorort von Berlin.

Pr. Dorfschänke, 4 Schweine,
1/2 Hind, 1 Kalb, 1 Schaf pro Woche, beste
Gebäude u. Lage, Ford. 16000 M., Anz. 8000 M.

Außerdem habe ich noch mehrere 100 andere
Objekte wie Hausgrundstücke, Villen, Güter,
Schmieden, Mühlen und Christgenen jeder Art
zu verkaufen.

Hermann Buchholz, Wriezener (Oder)
Hospitalstraße 42 Tel. 276

Zur Beachtung!

Die Anzeigenge-
bühren sind
jeweils innerhald
8 Tagen nach Er-
scheinen zu be-
gleichen. Nach
Ablauf dieser
Frist erfolgt die
Einziehung des
Betrages zuzügl.
der Spesen durch
Nachnahme.

Vertrauenssache!

Diamant, 27 J., ex.
Fabriktitelhaber, selbst-
ständig, 2000 M., Fern-
sucht Damenbetrieblid.
aweds Heirat. Damen
bei 27 J., wirtschaftl.,
mit 3000—4000 M.
wollen sich mit Wils
unter 2755 an das
Diland wenden.

Die Feistschrift

die zur Feier des 25jährigen Be-
stehens der Christuskirche in
St. Sagarus und der Matthäi-
kirche in Wilsda von den Pastoren
D. H o h e und B r u m m a n n
in Polen herausgegeben worden
ist, und die in Nummer 19
(E. 224) von Pastor G ü r t l e r
empfohlen wird, ist von größtem
Interesse für all. ehem. u. Pojener.

Bestellungen auf diese Feistschrift können
unter gleichzeitiger Einbindung des für
unsere Feiers ermäßigten Betrages von
80 Pf. und 20 Pf. für Postgebühr und
Verpackung, zusammen also 1 RM., auf
das Postkontonto Berlin 104 726 an uns
ausgegeben werden.

Deutscher Ostbund

Abteilung Buchverand

Berlin W 30, Mohlftraße 22.



Ich helfe Ihnen!

Ein bekannter Forscher
der Astrologie errechnet
Ihnen

IHRE ZUKUNFT

Ob Sie Erfolg haben in der
Liebe, Ehe, Beruf, Lotterien,
Spekulation u. vieles andere,
fordern Sie ohne Zögern bei
Anfrage des Gebührenden
an Graphoskoposk. Unkosten-
beitrag nach Heileben.

WELT-KULTUR-VERLAG
ART. 950, BERLIN W 6.

Ostmärkerin

Anz. 40, 1,66 gr., nicht
unbemeitelt, wünlit
Briefwechsel mit Be-
anzen auch Fern mit
Geschäft. Angebote
unter 2752 an das
Diland erbeten.

Landhaus- grundstück

Blm.-Mahlisdorf, Mem-
brandilftr. 46/47, 3 Jm.,
Wähe, Wähdent. Be-
zand, Wintergarten,
mit Zentralheizung, ca.
2000 qm Garten i. gut.
Kultur, lof. beziehb., ab-
zu verkaufen, Preis
11500 M. bei 5500 M.
Anzahlung.

Friedrich,
Berlin-Mahlisdorf,
Mit-Mahlisdorf 121.

Glänzende Existenzen!

Provisionsstell
Anzahl. A

Hotel-Pension (26 Zimmer mit
32 Betten) in Danas (Schweiz) 85 000

Wohn- u. Geschäftshaus in Ra-
densburg (Württ.), 1929/30 er-
richtet u. n. Vereing. 15 000

Konditorei u. Café m. Verkaufs-
laden u. 4-Zimmer-Wohnung
in Köln u. n. Vereing. 15 000

Wohnstiftung in Rt. Itzau
(Schweiz), 14 Juch. Inventar
vorhanden u. n. sfr. 15 000

Wohn- u. Geschäftshaus mit
Bäckereigebäude in der Pfalz
Wohnhaus m. prächtigem Garten
(6 Zimmer) in der Schweiz 15 000

Fabrikgrundstück mit Wohnhaus
u. ertragr. Obst- u. Gemüsegarten
in Baden u. n. sfr. 26 000

Villengrundstück (12 Jm.), ge-
eignet als Kubelhof oder Pen-
sion, inmitten der bewaldeten
Bergänge des Ostharzes u. n. sfr. 20 000

Wohnhaus mit gr. Autogarage
bei Bielefeld u. n. sfr. 20 400

Hotel- u. Restaurationsgrundst.
(ganze Wohnungen u. einzelne
Zimmer in bedeut. Industrie-
stadt im Ostf.) u. n. sfr. 125 000

Villa (9 Zimmer) m. reich. Zu-
behör u. majff. Stallgebäude i.
Ellerwerda u. n. sfr. 18 000

Einfamilienhaus (7 Zimmer) m.
Zier- u. Gemüsegarten, Bienen-
haus und Gartenlaube im Rt.
Jülich u. n. sfr. 15 000

Pantheonsbelegung (2000 qm groß
bei 25 m Hoffront) in be-
deutend. Berliner Bade- u.
Ausflugsort u. n. Vereing. 20 000

Villensbelegung (11 Zimmer) m.
majff. Stallbau (Schwerm-Restau-
ration) i. bester Gage Potsdams 20 000

Pantheons (14 Jm.) m. Walf-
haus und zwei Holzjuppen in
Traumstein (Oberbayern) u. n. sfr. 22 000

Pantheonslokal (auch für Café- u.
Restaurationsbetrieb geeignet).
bedeutend. Stadt des Harz-
gebirges u. n. Vereing. 20 000

Wohnhaus m. anebaut. Seiten-
flügel, Stallgeb. u. Scheune,
35 Mg. Ackerland teilweise
möglich, in Quedlinburg (Harz) 10 000

Pantheonsgrundstück (14 Zimmer)
m. majff. Gartenhaus (5 Zim-
mer) u. reich. Zubehör u. n. sfr. 10 000

Wohn- u. Geschäftshaus m. zwei
Seiten u. ein. Courgebäude
i. Molkereibetrieb geig., in
lebber Stadt Mecklenburgs u. n. sfr. 25 000

Villensbelegung als Erholungs-
heim, Sanatorium u. Bekant.
i. Klinik geig., in bekannt.
Schwarzwaldbad u. n. sfr. 35 000

Vanmirtischhaft, 4 1/2 Mg. eigen.
Wels, 36 Mg. Ackerland mit
10ten u. ein. Inventar (Anz.
7500 RM.) in der Altmark,
eigne Inventar u. n. sfr. 5 000

Gasthof (Doppelgrundst.) m. gr.
Festsaal und Autoparatur-
werkstatt im löchl. Ergab. u. n. sfr. 15 000

Villensartig, Wohnstift. (15 Zim-
mer) m. majff. Courgebäude
in Wuben u. n. sfr. 40 000

Wid.-Projekte kostenlos durch:
KOCH & Co., Berlin W 35
Döbergsstraße 1. Tel. B 2 Lutzow 5933.

Jahrhundertlange deutsche Kulturarbeit in Polen durch die uradelige Familie von Unruh.

(Schluß)

Von G. v. Unruh, Oberleutnant.

Und da versteht man es auch, wenn hier dem Vater aller Menschengeschichte mehr Lob- und Dankeslieder gesungen wurden als anderwärts, und man kann es weiter verstehen, daß ein Ratscher Klapp eine Stiftung von 400 Galen machte, mit der Bestimmung, daß aus den Zinsen die Rollen eines besonderen Gottesdienstes am Mittwoch nach dem Sonntage Mariä, Domini besittren werden sollten, in welchem Gott Dank zu bringen ist für seine hier ganz besonders ausgedehnten Wohlthaten, um daß der Hofschatzgroschener Kaiser von 1501 1501 Galen stiftete mit der Bestimmung, daß aus dem Erträgen die Rollen zweier Gottesdienste besittren würden — eines am 3. Pfingstfesttage und eines am Mittwoch nach dem Sonntag Quare. Der erlängte Gottesdienst ist mit der Aufhebung der Feier des dritten Tages hoher Feie überhaupt und der weiter zuvor genannte durch die anderweitigen Bestimmungen über die Stiftungselder in Fortfall gekommen. An der vorerwähnten „von Unruh'schen Stiftungspräbend“ wurde tren bis auf die jetzige Zeit festgehalten. Der dafür bestimmte Text: Joh. 3, 16: „Also hat Gott die Welt geliebet um.“ steht eine Dekretspräbend ist für die Segnungen evangelischen Christentums und auch noch besonders zum Gedächtnis deren bekehrten Heiden im Königreiche Polen.“

Am 22. Mai 1765 starb Reichsgraf Christoph von Unruh zu Dresden, fünf betrauert von seinen Untertanen, denen er nicht nur ein gerechtes Herr, sondern auch ein gütiger Vater gewesen war. Seine große Liebe für die Entsendung der „von Unruh'schen“ Prediger in deren Kultur und Wohlstand den Hofstaat seiner Zeit. Er war in dem Ererbten seiner Verfahren nachweislich, hat er mit dem ihm von Gott anvertrauten Pfande gut gewirtschaftet und um vielleicht noch mehr als diese nicht allein ein Schutzherr der evangelischen, sondern auch der katholischen Gemeinde. Große Opfer hatte er für beide gebracht, vornehmlich aber waren es solche für den wegen Gotteslästerung so ungetreulich verfolgten Sigismund von Unruh, seinen Vatersbruder, Statthalter von Oboresin, und worin besteht die „Gotteslästerung“? Auf einem Fettel hatte dieser die Worte niedergeschrieben: „Ob denn die heilmässige Wahrheit dem Himmel herabkommen, um auf unserer Erde die Reime von ewigen Jertümen, Krieg, Haß und Missethat zu verbreiten?“ Dieser gestohlene Fettel und die auf ihm inhaltliche Stelle, obwohl sie nur eine Umschreibung der Evangelienworte, Matth. 10, 3 und Luc. 12, 51 war, erschien genügend, Sigismund zu füren und seinen Selbst einzusetzen. Nach vielfältigen kaiserlichen Vermählungen an einen Reichsgraf Christoph in seiner leopoldinischen Hofkapelle, Bestimmung unerwünscht teil hatte, wurde das furchtbare Urteil von Petri kam umgekehrt, und Sigismund, der sich Ausland geflüchtet war, durfte zurückkehren. Die ihm und der Familie entstandenen Kosten wurden auf 645 033 Gulden berechnet, von denen der Birnbaumer wohl die Hauptlast getragen hat. Nur durch Verkäufe einiger feiner großen und vorzüglich vermehrten Güter konnte er den ihm auferlegten und willig übernommenen Verpflichtungen nachkommen.

Sie seine Besichtigung über „höheres Ansehen“ die Worte aus der Offenbarung St. Johannes 14, 13 gerührt worden: „von denen, die in dem Herrn sterben, daß sie ruhen von ihrer Arbeit; denn ihre Werke folgen ihnen nach.“ In seinem Gelangbuch am 27. August Coburg v. Kalkreuth, Herr auf Mamporn, seit 1660 im Besitz dieser Familie, den liebwerten, edlen Vetter mit den Worten:

„Er war ein Mann, nehmst alles nur in allem.
Ich werde immer seines einzigen Sohn.“

Sin dem am 24. Februar 1763, einige Tage nach dem zu Hubertusburg geschlossenen, den Siebenjährigen Krieg beendenden Frieden, bei dem er mitwirkend hatte, errichteten Eszement hatte Graf Christoph, seine Witwe nicht gerade reichlich bedankt, zum Erben von Birnbaum den Bruder Peter und dessen Sohn namens Georg Boguslaw eingesezt, mit der Maßgabe, daß sein zu dessen Selbständigkeit der Vater die Verwaltung seines Fotel. Das wurde für den fast zweihundert Jahre alten Familienbesitz nachteilig, ja unheilvoll. Erneut begannen die Erbauseinandernehmungen, in die sich der Unruh'schen Familie bis dahin ferngeblieben bineschlüßten. Um deren Ansprüche zu befriedigen, mußte der Bevormoder Peter selber einstimmen, mit deman der bei Eintritt des Erbes erst 22 Jahre alte Georg Boguslaw sehr belastet wurde und blieb.

Es liegt eine tiefe Tragik in den Worten: „Da die Patronatsherren Birnbaums aus der alten Familie von Unruh ihre Selbstverhältnisse in dem erforderlichen Maße nicht befruchten konnten, mußten sie den Birnbaumer Besitz aufgeben.“ Die Kirchenschrift erzählt: „Anno 1790 verkauften die Erben die Herrschaft Birnbaum an ihren Pflegevater, Herrn Karl v. Mielecki, nachdem die Unruh'sche Familie diese Herrschaft am 200 Jahre brotten hatte und hier ein gemaltes Kulturwerk geschaffen und ihm unausgesetzt Sierbung beige angebunden lassen.“

Reineswegs nur daselbe mit dem Fortgange der auf Birnbaum selbst angelegten Familie zu Ende gegangen. Schon im Jahre 1778 hatte Christoph Peter von Unruh (mein Großvater), der 3. Sohn des Oberstleutnants Wladislaus auf Mittenein, umwoit Birnbaum, die bei Rümme gelegenen zünftigen Kolonisterrät Mielicki, Czuczaj mit den Huldbeitern Miklosso Kauslich von einem Herrn von Pomorski erworben. Als „Waldwirtschaftsforsten“ werden diese Güter in Kaufkontrakt bezogen. Ein Mitglied einer anderen uradeligen deutschen Familie, Johann von Seydlitz auf Schredde, hatte daran Anteil. In kurzer Zeit gelang es Christoph Peter, in zielbewusster Weise ein wirtschaftliches Unternehmen, in umfangreicher und produktiver Schöpfkriester bestehend, zu errichten. Aus dem guten Hohen weiß er erhebliche Erträge herauszuwirtschaften. Seinen Huldbeitern gemäht er freiliche Beteiligung, oft unter völligen Vorlass der Abgaben. Er kann bei seinem Ableben im Jahre 1811 seinen jüngsten Sohn Anton Ferdinand die Bestimmung in wachsenderem Ansehe, auch mit einer Brunnerei, übergeben, und dieser erteilt sich ebenfalls als tüchtiger Landwirt und wird durch seine Erfahrungen ein guter Berater für die nächsten Karbbara und die außerhalb des Kreises Birnbaum anfalligen Freudenbraten. Nicht ohne Grund hatte man ihn daher als Mitglied in die „Polener Landchafts kammer“ und ihn zum Landchaftszast ernannt. 1878 konnte dieser Familienzweig auf Klein-Münche ufo. unter Eugen von Unruh (Vater des Verfassers) sein hunderteiliges Besitzgut begeben. Dessen Nachfolger, Hugo von Unruh, ehemals aktiver Offizier, der Gatte von Ferdinands ältester Enkeltochter Anna, galt als ein den neuesten Anforderungen außerordentlich entsprechender und befähigter Landwirt. Seine langjährige Tätigkeit als 2. und 1. Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für die Provinz Polen wird bei allen, die seine hohe Sachkenntnis und seine rege Tätigkeit kennen und schätzen gelernt haben, unversehrt bleiben.

Dem Verfassers hat es ferngelegen, nur von dem aus Stadt und im Kreis Birnbaum in die Welt hinaus zu gehen, um die Leistungen seiner bedeutendsten Mitglieder geleisteten Kulturarbeit in und für Polen zu schreiben und diese zu würdigen. Auch in benachbarten Zemeien, welche in die mehr städtischen Gebiete Polens bzw. der späteren Provinz Polen beziehen, dort Jahrestag werden und ihren Besitz unter unversentlicher Namensänderung — v. Unruh — bewahren und pflegen, treten Männer von regem Arbeitsamt und harter Schaffenskraft hervor. Unter ihnen befinden sich solche, die gleich den Birnbaumer Vorfahren mit Pflug und Egge und anderen Werkzeugen das Land bebauten und in die verdorrten Sturen Kultur und Wachstum brachten. Mit ihrer Hände Arbeit, ihrer Tausender und Einficht haben sie sich und vielen anderen Haus und Herd geschaffen. Ihre Verdienste müssen daher ausnahmslos, auch unter den veränderten Verhältnissen, als Mitbeweiser und gleichberechtigte Bürger und Bürgerinnen, wie alle deutschen Blutes, in der Republik Polen angesehen und bemerkt werden. Den letzten Boden haben sie seit Jahren und Jahrhunderten bebaut und bebaut. Sie haben an ihm, an dem der Schweiß ihrer Vorfahren, ja ihr eigener klebt, ein unbedingtes Anrecht. Nicht der tote Boden begründet ein Volk, eine Nation, sondern der lebendige und schaffenskräftige Mensch ist es, der diesen Boden erst Leben und Ertrag verleiht, kurzum, ihm das Gepräge gibt. Es wäre Unankbarkeit von polnischer Seite, wenn jetzt gegen diejenigen gekämpft und vorgegangen würde, die vor mehr als 300 Jahren von den damaligen Herren gerufen, also nicht als Eindringlinge kamen — ihre Kräfte der Wohlde des Landes Polen in umfangreicher und vielfältiger Weise gemäht haben.

„Wohl dem, der seiner Väter gedenkt.
Der froh von ihren Taten, ihrer Arbeit spricht.“

Ein Schwabendorf im Herzen Ungarns.

Von Dr. Rati C. von Csejch.

Duutsche findet man fast überall in der Welt, Schwabendorfer überausden den Wanderer oft in einer ganz unabweislichen Umwelt. Besonders tritt dies in die Erscheinung mitten im Asien, in der weiten Ebene zwischen Donau und Heiß, nahe der ungarischen Stadt Segesd. Wie kamen die Deutschen dorthin?

Als König Ludwig von Ungarn im Jahre 1526 bei Mohacs fiel, traten die osmanischen Heere ihren Siegeszug nach 541 Jahren Ostwärts bereits in ihrer Hand. Der größte Teil Ungarns blieb für mehr als 150 Jahre im Besitze des Sultans. Er wurde ein stark umstrittenes Grenzland zwischen Orient und Okzident, auszugehen und muselmanen. Zweimal belagerten die Türken Wien, um ihr Herrschaftsgebiet weiter nach Westen auszuweiten, zuletzt im Jahre 1683. Graf Rüdiger von Starbemberg verteidigte die Stadt, König Johann Sobieski von Polen führte eins der Erlahrsere heron. Den Türken, die Wien nicht zu

nehmen vermochten, wurde drei Jahre später Ofen entfallen: Osterreich, Bayern, Franken, Schwaben, Sachsen und Brandenburg kämpften gemeinsam mit Ungarn die Burg, Karl von Lothringen, der Reichsfeldherr, schlug 1687 des Sultans Heer wiederum auf dem blutgetränkten Schlachtfeld von Mohacs. Am 6. September 1688 vermachte Prinz Eugen von Savoien das Doppelbündner an der weißen Burg (Wien) an der Sanonaburg aufzugeben. Von diesen Kämpfen müssen auch heute Volkssieder zu berichten.

Damit vor der Weg frei gemacht zum Wiederaufbau; es galt, diesen Boden neu zu bevökern, den Türkeneinbruch und Befreiungskriege verwißt hatten. Dem deutschen Krieger folgte der deutsche Kolonist. Wie es schon vor dem Türkenkriege Deutsche im ganzen Land gegeben hatte, nicht nur in Siebenbürgen, in der Sips und im Burgenlande, so spielte das deutsche Element bei der Rückbesiedelung Ungarns eine

